

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 43 (1996)
Heft: 1-2

Rubrik: Kantone = Cantons = Cantoni

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



APPENZELL
AUSSERRHODEN

**Neue regionale Appenzeller ZSO Vorderland
mit 160 Mann im Einsatz**

Grosse Appenzeller Tobelputzete

Während vier Tagen im vergangenen Oktober standen 160 Männer und Frauen der neugebildeten ZSO Vorderland im Grosseinsatz. Die Zivilschützer aus sieben Gemeinden räumten dabei in acht Gruppen das Brunnentobel bei Heiden auf einer Länge von 1,5 km von rund 160 Baumstämmen, ersetzten Rechen und Brücken und machten Bachverbauungen.

AXEL P. MOOG

Der Werdbach im Brunnentobel bei Heiden hatte bei heftigen Niederschlägen in den Jahren 1983 und 1985 verschiedene Strassen überspült. Durch sehr instabile Geländebeziehungen führen periodische Rutschungen dem Werdbach immer wieder Geschiebe und Fallholz zu, was bei neuerlichen Unwettern wiederum zu Überflutungen führen konnte.

Der Unterhalt von Gewässern liegt gemäss kantonalem Gesetz bei den jeweiligen Grundeigentümern. Bereits bei der ersten Begehung im Vorfeld der Übung war jedoch klar, dass ein solch grosses Gebiet nicht von privater Seite geräumt werden konnte. Da es zum Aufgabengebiet des Zivilschutzes gehört, Katastrophenvorsorge zu betreiben, gelangte das Appenzell-Ausserrhodische Tiefbauamt aufgrund der speziellen Gefährdungssituation an die regionale ZSO Vorderland mit der Bitte um Mithilfe bei der Räumung und Instandstellung.

Erster Einsatz im Massstab 1:1

Die neue regionale ZSO Vorderland stand bei den Räumungsarbeiten im Brunnentobel zum ersten Mal im Massstab 1:1 im Einsatz. An den Arbeiten im Dienste der Öffentlichkeit beteiligten sich Zivilschutzpflichtige aller Partnergemeinden Heiden, Walzenhausen, Lutzenberg, Rehetobel, Grub, Wolfhalden und Wald. In die Übung

wurden alle Dienste einbezogen, beratend stand das Kantonale Tiefbauamt zur Seite. Während vier Tagen wurden Rechen entfernt und ersetzt, Bachverbauungen erstellt, Wanderwege ausgebessert und angepasst, Brücken ersetzt und repariert, ein grosser Rutsch saniert und das ganze Tobel, inkl. Seitenbäche, aufgeräumt und von Astholz, Wurzelstöcken und vermodertem Holz befreit. Die Arbeiten erfolgten durch acht Gruppen mit jeweils 10 bis 12 Mann auf einer Länge von rund 1,5 km. Zusätzlich umfasste die Übung einen Kurzeinsatz zugunsten des Landwirtschaftssekretariates zur Bekämpfung des Feuerbrandes an Obstbäumen.

Ein besonderes Problem war die Beschaffung des Materials (Stiefel, Regenschutz, Sägen, Seilzugapparate mit Zubehör, Handschuhe, Kleinmaterial), welches aus allen beteiligten Gemeinden, dem kantonalen Ausbildungszentrum in Teufen sowie der ZSO Mittelland zusammengetragen werden musste. Gesamthaft standen 21 Kettensägen und vier bis fünf Traktoren mit Seilwinden im täglichen Einsatz, zu-

sätzlich an einem Tag ein Spezialtraktor mit Sechs-Tonnen-Doppelseilwinden.

Spezialaufgaben für Übermittlung und Sanität

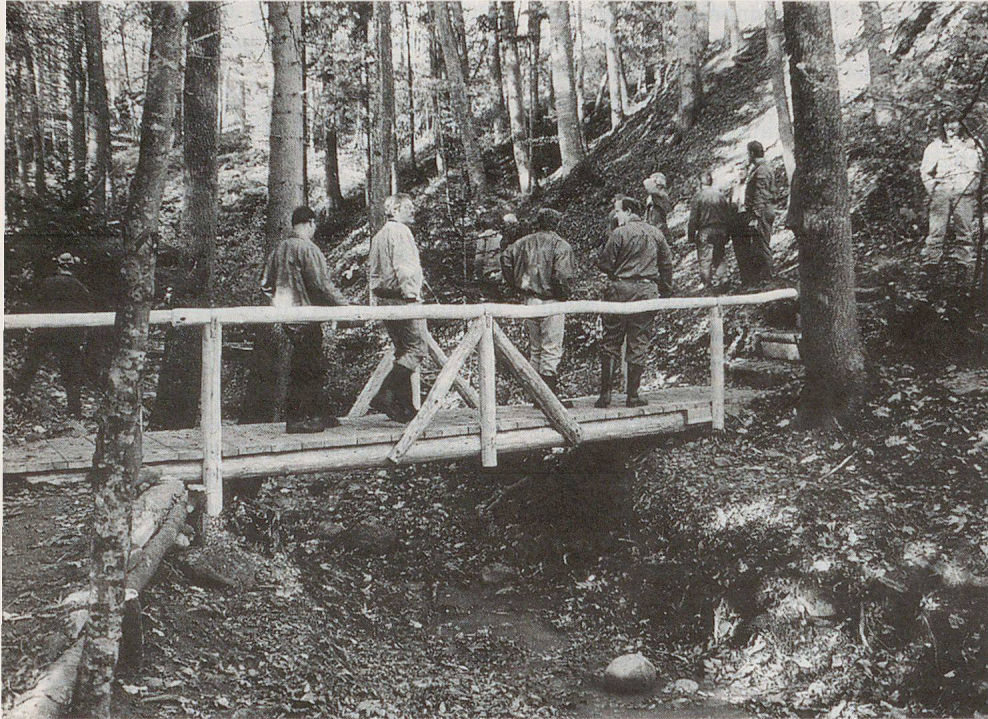
Eine besondere Aufgabe oblag den 15 Angehörigen des Übermittlungsdienstes. Mit 23 Funkgeräten auf etwa sieben Kanälen und einer Telefonverbindung mit Ortskommandoposten bis zu den Schadenplätzen weit oben im Tobel, dem Verletztentnest und dem regionalen Büro wurden unter Leitung von DC Uem Colin Harrison und Zugchef Michael Neuhauser aufwendige und vorbildliche Verbindungsnetze aufgebaut. Mit der unterirdisch durch das Dorf verlegten Telefonleitung konnten die Probleme einer Leitungsführung über die vielen Strassenübergänge vermieden werden.

Neben der eigentlichen Sanitätsversorgung im Rahmen der Übung führten die 12 Angehörigen der Sanität unter Leitung von DC Bea Hänsenberger und Rettungssanitäter Roland Böhler eine Basisausbildung



Die vom Förster zuvor gekennzeichneten gefällten Stämme wurden zersägt und geschichtet und den Grundeigentümern auf Wunsch innerhalb der Parzelle gratis zur Verfügung gestellt.


FOTOS: A. P. MOOG



Bei der viertägigen Übung wurden im Zuge von Wanderwegausbesserungen und -anpassungen auch Brücken ersetzt oder repariert.

und eine Ausbildung in CPR durch. DC Versorgung Martin Rissi und der beruflich in einem von Gault Millau ausgezeichneten Restaurant tätige Küchenchef Christian Fässler sorgten mit fünf Gehilfen für das leibliche Wohl. Vier Rechnungsführer waren für die Administration verantwortlich.

Imagefördernder Einsatz

Wie Alfred Widmer, Chef ZSO Vorderland, ausführt, sei die Mannschaft durch die sinnvollen Arbeiten sehr motiviert gewesen. «Solche Übungen fördern das Image des Zivilschutzes und sollten vermehrt durchgeführt werden», meinte er am Informationstag für die beteiligten Gemeinden und betroffenen Grundeigentümer. Der Einsatz des Zivilschutzes bedinge allerdings ein öffentliches Interesse, beispielsweise wie im vorliegenden Fall bei einer Gefährdung der Bevölkerung. Er forderte die Gemeinden auf, abzuklären, wo in ihrem Gebiet mögliche Aufgaben vorhanden seien, bei denen der Zivilschutz analog wie in Heiden eingesetzt werden könnte. 



APPENZELL
INNERRHODEN

Beat Antenen im Gespräch

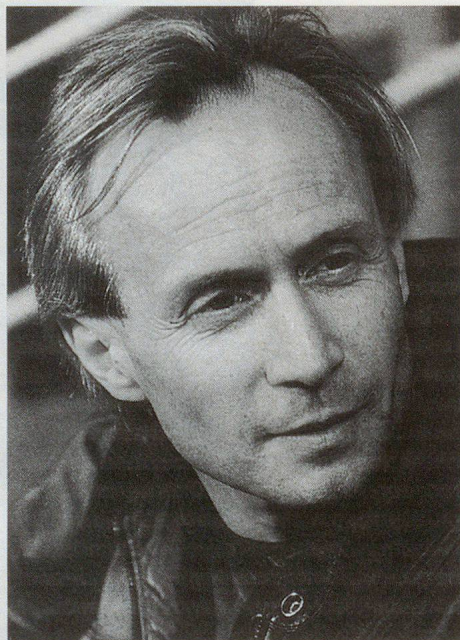
Fernsehmann und Zivilschutz-Informationsverantwortlicher

Schon lange vor der Zivilschutzreform 95 wusste man in Appenzell Innerrhoden den richtigen Mann mit der richtigen Funktion zu beauftragen: Seit mehreren Jahren leistet Beat Antenen seinen Zivilschutzdienst als kantonalen Informationsverantwortlichen. «Zivilschutz» unterhielt sich mit Beat Antenen.

AXEL P. MOOG

Man kennt Sie vom Fernsehen. Bitte sagen Sie unseren Leserinnen und Lesern doch, wie Sie zu dieser Tätigkeit kamen und was genau dort Ihre Aufgaben sind.

Beat Antenen: 1972 habe ich als freier Mitarbeiter der früheren Radiostation Beromünster angefangen, und daraus hat sich 1978 eine feste Anstellung ergeben als Redaktor/Moderator für beide Medien, also für Radio und Fernsehen DRS. Heute arbeite ich fast ausschliesslich für SF DRS,



Fernsehmann Antenen: «Ich finde es wichtig und effizient, wenn man sein berufliches Know-how auch anderen Organisationen zur Verfügung stellen kann.»

für Sendungen wie «Landuf, landab», «1. August» usw. Nach jahrelangen Einsätzen in der Politdiskussion «Heute Abend in», im «Sport-Panorama» und im «Ratgeber» hat mich die Mitarbeit bei der volkulturellen Unterhaltung wirklich herausgefordert.

Für viele ist ja Ihre Tätigkeit ein Traumjob...

Die Bezeichnung Traumjob hat eindeutig Klischeecharakter. Die Menschen denken dabei in erster Linie an die Popularität. Aber TV-Moderatoren polarisieren auch stark. Man wird geliebt und gehasst, und man wird überall erkannt und folglich auch vermarktet. Der Job selbst ist wohl eine dauernde Herausforderung, aber auch eine nervliche Belastung. Denn alles, was am Bildschirm gezeigt wird, ist einem grossen Publikum und der kritischen Presse ausgesetzt.

Im Zivilschutz sind Sie Informationsbeauftragter von Appenzell Innerrhoden. Was führte Sie dazu, diese Aufgabe zu übernehmen?

Ich finde es wichtig und effizient, wenn man sein berufliches Know-how auch anderen Organisationen zur Verfügung stel-

len kann, und da ich auch in den Bereichen «PR, Marketing, Events» recht viel Erfahrung habe, lag es nahe, meinen Zivilschutzeinsatz auf diese Art zu leisten.

Und was umfasst Ihre Informationstätigkeit für den Zivilschutz?

In diesem Jahr beispielsweise habe ich ein Konzept für Information und Öffentlichkeitsarbeit erstellt. Dieses zeigt einerseits die Vernetzung mit dem Bundesamt für Zivilschutz, aber auch die eigenen kantonalen Möglichkeiten auf. Im weiteren haben wir eine grobe Terminplanung erstellt, die in den nächsten Jahren verschiedene Fortschritte und Aktivitäten zulässt.

Was ist Ihre persönliche Meinung zur Zivilschutzreform 95?

Die dauernde Anpassung und Erneuerung finde ich wertvoll, auch wenn sie von allen Seiten viel Flexibilität (und Loslassen...!) erfordert. In diesem Zusammenhang habe ich – aus der Sicht des Medien-Profis – speziell das neue Handbuch für Öffentlichkeitsarbeit und die Prokofienvorlagen des Bundesamtes für Zivilschutz analysiert.

Beide kommen 1996 «auf den Markt» und sind bestens geeignete Instrumente für die Aus- und Weiterbildung.

Nun haben ja nicht alle Zivilschutz-Organisationen einen solch guten Draht zu den elektronischen Medien wie Sie. Was empfehlen Sie, damit der Zivilschutz auch in Fernsehen und Radio mehr präsent ist?

Die Antwort lässt sich eigentlich in dem eben erwähnten neuen Handbuch für Öffentlichkeitsarbeit finden. Wichtig ist der persönliche Kontakt mit den Verantwortlichen der elektronischen Medien. Eine jährliche Visite bzw. ein Arbeitslunch sollte die mindeste Berührungsmöglichkeit sein, zumal auf beiden Seiten auch zahlreiche personelle Wechsel vorkommen.

Im Zusammenhang mit der Olma 96 wurde Ihr Name erwähnt. Sagen Sie uns bitte, was geplant ist.

Dass der Zivilschutz an der Olma 96 in einer Sonderschau an prominenter Stelle vertreten sein wird, ist definitiv. Die erarbeiteten Vorgaben werden anfangs 1996 in

einem grösseren, publizistisch und messemässig erfahrenen Kreis diskutiert – und dann laufen wohl die Vorarbeiten in allen Arbeitsgruppen und Bereichen.

Wir werden auf die Olma 96 in einem späteren Zeitpunkt ausführlich zurückkommen. Sagen Sie uns bitte aber heute schon, was Ihre Aufgaben bei diesem Auftritt sind.

Ich kann bei der erwähnten Diskussion meine Erfahrungen einbringen und an der Olma 96 selbst beispielsweise eine Zivilschutz-Publikums-Show präsentieren. Einen solchen Auftritt habe ich letztes Jahr an der Muba bestritten, und der Nachmittag mit Gästen und Musik zum Thema «Schutz und Sicherheit» war ein voller Erfolg.

Wir freuen uns auf diesen Auftritt, der durch Ihre Popularität bestimmt eine gute Beachtung erhält und zu einer besseren Kenntnis der Aufgaben des Zivilschutzes sowie generell zur Verbesserung des Zivilschutzimages beiträgt. Herzlichen Dank für dieses Gespräch und weiterhin viel Erfolg bei Ihrer Informationsarbeit für den Zivilschutz. ■



BERN

EDUARD REINMANN

Mit der Begrenzung der Dienstpflicht auf das 52. Altersjahr sind die Sollbestände der ZSO um mehr als ein Drittel verkleinert worden. Diese Reduktion hat zwei einschneidende Konsequenzen: Erstens können die kleineren Gemeinden keine selbständigen, taktisch sinnvollen Einsatzformationen mehr bilden, und zweitens entsteht mit den 13 bestehenden Ausbildungszentren im Kanton eine Überkapazität an Ausbildungsinfrastruktur.

Das heisst einerseits, dass auch im Kanton Bern die ZSO regionalisiert werden müssen. Die Philosophie «Sicherheit ist unteilbar – eine ZSO für jede Gemeinde» gehört der Vergangenheit an. Und es bedeutet andererseits, dass das kantonale Ausbildungszentrum in Lyss sowie sechs der zwölf regionalen Ausbildungszentren geschlossen werden. Der Spareffekt dieser Massnahmen – und um diesen geht es letztendlich – wird mittelfristig mit 30 bis 50 Millionen Franken veranschlagt.

Neue Ausbildungsinfrastruktur

Die Zivilschutzreform 95 zieht weite Kreise. Mittelfristig gehen die Bestände und

damit das Ausbildungsvolumen um bis zu 50 Prozent zurück. Die heutige Ausbildungsinfrastruktur ist somit überdimensioniert. Die zwölf Ausbildungsregionen mit je einem Ausbildungszentrum entsprechen den Vorgaben der Zivilschutzgesetzgebung 95 nicht mehr. Es ist deshalb vorgesehen, die zwölf bestehenden Ausbildungsregionen auf sechs zu reduzieren. Dadurch werden sechs Ausbildungszentren für andere Nutzungen frei. Die verbleibenden sechs Zentren werden zu entwicklungsfähigen regionalen Kompetenzzentren aufgewertet. Durch die Zusammenfassung des hauptamtlichen Instruktionspersonals findet zudem eine Professionalisierung der Ausbildung in den Regionen statt. In den Kompetenzzentren können im Sinn der Förderung von Verbundlösungen vernetzte, praxisorientierte Dienstleistungen für Zivilschutz- und Partnerorganisationen wie Wehrdienste und Samariter angeboten werden.

Mit der Integration der Kaderausbildung in die regionalen Zentren, «näher an die Front», wird das kantonale Ausbildungszentrum in Lyss überflüssig. Es kann aufgehoben werden. Dies gilt auch für die in Lyss integrierte regionale Reparaturstelle, die in das kantonale Zeughaus Bern ver-

Umfassende Strategie zur Realisierung von Zivilschutz 2000

Der Kanton Bern machte vieles zu gut

Angebote und Leistungen des Zivilschutzes im Kanton Bern sollen auf das bundesrechtliche Minimum reduziert werden. Dies ist die Ausgangslage für den Strategiebericht «Zivilschutz 2000», den die Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern ausgearbeitet und dem Gesamtregierungsrat unterbreitet hat. Der Bericht enthält acht Strategien für einen schlanken, finanziell tragbaren und «verantwortbaren» Zivilschutz im Kanton Bern.

legt werden soll. Auf diese Weise werden Synergien optimal genutzt.

Verzicht auf Überorganisation

Bedingt durch die Zivilschutzpflicht von zehn Jahren und eine liberalere Handhabung der Diensttauglichkeit in der Armee entstehen erhebliche Überbestände in der ZSO. Besonders stark betroffen sind die Agglomerationen, wo die Kontrollbestände die Sollbestände teilweise um ein Mehrfaches übersteigen. Der Kanton kann diese Entwicklung nicht wirksam beeinflussen. Massgebend für das Handeln im Zivilschutz müssen daher die Sollbestände sein. Für Überbestände dürfen keine Zivilschutzbauten erstellt werden, und die Überzähligen sind nicht mehr auszubilden. Es sind auch keine Reservekader und Spezialisten auszubilden, und über den Sollbestand hinaus soll kein Material beschafft werden. Die Überbestände sollen durch eine grosszügige Handhabung der Befreiungsmöglichkeiten abgebaut werden. Es wird dabei bewusst in Kauf genommen, dass die Kontrollbestände Zivilschutzpflichtige aufweisen, welche nicht ausgebildet sind.

Unter diesem Aspekt drängt sich auch eine Zusammenlegung von Zivilschutzorganisationen auf. Bis anhin wurde im Kanton Bern der Zusammenschluss von zwei oder mehreren ZSO grundsätzlich nicht gebilligt. Kleinere Gemeinden sind jedoch beim Aufbau einer vollständigen Führungsstruktur rasch personell überfordert. Zudem lassen sich mit minimalen Organisationsbeständen keine effizienten Einsatzformationen für Nothilfeinsätze bilden. Zusammenlegungen haben noch einen weiteren Vorteil. Wo noch nicht alle Kommandoposten und Bereitstellungsanlagen realisiert sind – im Kanton Bern fehlen in 80 Gemeinden ein KP und in 78 Gemein-

Acht Strategien in Kürze

- Die Ausbildungsinfrastruktur wird an die reduzierten Bestände und die neuen Aufgaben angepasst.
- Die verbleibenden Ausbildungszentren werden zu entwicklungsfähigen regionalen Kompetenzzentren aufgewertet.
- Das kantonale Ausbildungszentrum Lyss ist aufzuheben, die Kaderausbildung in die regionalen Kompetenzzentren zu verlegen sowie die Reparaturstelle in das kantonale Zeughaus in Bern zu integrieren.
- Ausbildung, Ausrüstung und bauliche Infrastruktur der ZSO sind nach dem bundesrechtlichen Minimum auszurichten. Es wird keine Überorganisation mehr unterhalten.
- Das Zusammenlegen von Zivilschutzorganisationen wird gefördert.
- Die Erstellung von Pflicht-Schutzräumen soll durch die Gemeinden gelenkt werden.
- Auf den Weiterausbau der regionalen Sirenen-Fernsteuerung im ganzen Kanton ist zu verzichten.
- Zivile Führungsstrukturen müssen schlanker, professioneller und effizienter gestaltet werden.

den eine BSA –, kann auf einzelne dieser Bauten verzichtet werden. Im administrativen Bereich sind zudem Vereinfachungen möglich. Mit der Absicht, Zusammenschlüsse von ZSO zu fördern, vollzieht der Kanton Bern eine Kehrtwende.

Vermehrte Aufmerksamkeit wird der Erstellung von Pflicht-Schutzräumen geschenkt. Durch geeignete Lenkungs-

nahmen in den betroffenen Gemeinden sollen künftig Überproduktionen von Schutzräumen vermieden werden. Mit den Lenkungsmassnahmen, gemeint sind Ersatzabgaben, werden Mittel frei, die für die Werterhaltung bestehender Anlagen zur Verfügung gestellt werden können.

Eine Massnahme, die finanziell ganz schön «einschenkt», ist der Verzicht auf den Weiterausbau der regionalen Sirenen-Fernsteuerung im ganzen Kanton. Es wird mit der Einsparung von 5 Millionen Franken Investitionskosten und jährlichen Unterhalts- und Betriebskosten von 0,5 Millionen Franken gerechnet. Um was geht es konkret? Die Installation der Sirenen-Fernsteuerung in den Gemeinden wurde anfangs der neunziger Jahre abgeschlossen. Im Anschlussprojekt wurde geplant, die Sirenen-Fernsteuerung von den Gemeinden bis auf Bezirksebene auszubauen. Auf diese Option soll nun verzichtet werden, zumal die Kantonspolizei ein neues Alarmsystem eingeführt hat.

Professionellere Führungsstruktur

Die bisherige Konzeption der milizorientierten zivilen Führungsstäbe ist nicht mehr zeitgemäss. Ausbildungsstand, Fachkompetenz und Erfahrung entsprechen nicht mehr den enorm hohen Anforderungen in einer ausserordentlichen Lage. In den zukünftigen Kompetenzzentren sollen optimale Voraussetzungen geschaffen werden, um die Professionalität der zivilen Führungsorgane und Einsatzformationen (Rettungszüge) zu steigern. Es ist eine neue Strategie für die zivile Führung und die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen zu entwickeln. Die zivilen Führungsstäbe müssen reduziert und die kantonalen Ressourcen (Polizei, Feuerwehr, Sanität, Zivilschutz) besser genutzt werden. ▢

Kurz nachgefragt bei Alfred Jenni

Die Titel in den Printmedien sagen deutlich aus, wie der Strategiebericht «Zivilschutz 2000» in der Öffentlichkeit aufgenommen wird. Dazu einige Beispiele: «Der Zivilschutz muss massiv abspecken», «Berner Zivilschutz light», «Zuviel Zivilschutz», «Zivilschutz vor Hungerkur». Unsere Zeitung sprach mit Alfred Jenni, Chef des kantonalen Amtes für Zivilschutz.

Herr Jenni, ist «Zivilschutz 2000» tatsächlich eine Hungerkur oder eben eine notwendige und verantwortbare Massnahme, mit der Geld gespart wird, ohne die Effizienz des Zivilschutzes zu beeinträchtigen?

Alfred Jenni: Im Kanton Bern liefen und laufen verschiedene Programme unter dem Titel Sparmassnahmen. Unter anderem wurde in diesem Zusammenhang die Aufteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden überprüft. Ein Anschlussauftrag der Regierung war die Definition des bundesrechtlichen Minimums und

dessen Umsetzung im Bereich des Zivilschutzes. Das Resultat sind die Strategien «Zivilschutz 2000». Die Effizienz des Zivilschutzes wird damit nicht beeinträchtigt, denn wir kürzen nicht linear, sondern gezielt, indem wir auf Zivilschutz 95 reagieren.

«Sicherheit ist nicht teilbar – jede Gemeinde ihre eigene ZSO» war bisher die Philosophie des Zivilschutzes im Kanton Bern. In Zukunft sollen jedoch regionale Organisationen geschaffen werden. Wie reagiert die Basis auf diese Kehrtwende?

Die alte Doktrin hat mit Zivilschutz 95 ausgedient. Es gibt Zivilschutzorganisationen, die selbständig nicht mehr überlebensfähig wären. Es braucht in Zukunft weniger Führungsstrukturen, und es sind teilweise auch Straffungen im baulichen Bereich möglich. Das wird auch von der Basis verstanden, obwohl es manchmal ein bisschen schmerzt.

Der Schutzraumbau soll gesteuert werden. Lenkungsabgaben statt Überproduktion ist das Mittel. Können die aus den Lenkungsabgaben zur Verfügung stehenden Mittel auch für die Nachrüstung von Zivilschutzräumen Verwendung finden?

Der Kanton Bern war bisher restriktiver als der Bund. Jetzt wollen wir uns öffnen und alle Möglichkeiten ausschöpfen, die von der Bundesgesetzgebung her gegeben sind. Zurzeit sind wir bei der Ausarbeitung eines Detailkonzeptes.

Sechs der zwölf regionalen Ausbildungszentren werden einer anderen Nutzung zugeführt. Damit wird ein erhebliches Raum- und Infrastrukturpotential frei. Bestehen schon konkrete Vorstellungen über eine anderweitige Nutzung?

Es können noch gar keine konkreten Vorstellungen existieren, denn zuständig für eine Umnutzung sind die Trägerschaften, also die Gemeindeverbände. Es ist ihnen freigestellt, wie sie die nicht mehr benötigten Ausbildungszentren in Zukunft nutzen wollen. Der Bund bietet hierzu insofern

Hand, als er auf die Rückerstattung der Gebäudesubventionen verzichtet.

Aufgehoben wird auch das kantonale Ausbildungszentrum Lyss. Dort denkt man an eine Umfunktionierung in ein Asylanten-Durchgangsheim. Wie ernst sind diese Pläne einzuschätzen?

Das war einmal eine Option des Kantons, die geprüft, aber nicht weiterverfolgt wurde. Es ist somit überhaupt noch nichts entschieden. Zurzeit prüft eine Kommission die Nutzungsmöglichkeiten. Ein grosses Interesse haben aber auch die Gemeinden Lyss und Kappelen. Der Kanton stand bereits mit ihnen in Kontakt, und sie werden auch begrüsst, wenn sich irgendwelche Pläne konkretisieren.

Auf die Ausbildung von «Überzähligen» soll in Zukunft verzichtet werden. Gerät der Kanton Bern damit nicht in den «Cliché» mit dem Bund?

Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung unseres Strategieberichtes haben wir mit dem Bundesamt für Zivilschutz Unterredungen geführt und unter anderem das bundesrechtliche Minimum definiert. Dabei traten keine Differenzen zutage. Das BZS ist mit uns der Meinung, dass nur die Sollbestände ausgebildet werden sollten. Einzig der Einteilungsrapport gilt für alle in die Zivilschutzpflicht Eintretenden. Zu bemerken ist noch, dass der Bund heute auf Überbestände noch gar nicht generell reagieren kann, weil der Überblick nach einem Jahr Zivilschutz 95 noch nicht im vollen Umfang gegeben ist.

Was ist unter dem Begriff «liberale Befreiungspraxis» zu verstehen?

Die Befreiung ist im Artikel 26 der Zivilschutzverordnung festgeschrieben. Wir wollen sie, vor allem im Spital- und Sanitätsbereich und in den Bundesbetrieben, voll ausschöpfen und die Betriebe dazu animieren, die Befreiungsmöglichkeit auch zu vollziehen.

Der Berner Regierungsrat hat zustimmend Kenntnis genommen vom Strategiebericht. Er behält sich jedoch vor, gegebenenfalls weitere Massnahmen anzuordnen. Ist das ein Wink mit dem Zaunpfahl?

Das kann man so sagen. Anfänglich wurde nämlich darüber diskutiert, ob das kantonale Amt über die Stillegung von Zentren

entscheiden solle. Man hat das nun aber den Gemeindeverbänden überlassen mit dem Ziel, Ende 1996 zu wissen, wie das geschehen soll. Sollte kein Konsens zustande kommen, müsste der Regierungsrat Massnahmen ergreifen.

Interview: Eduard Reinmann

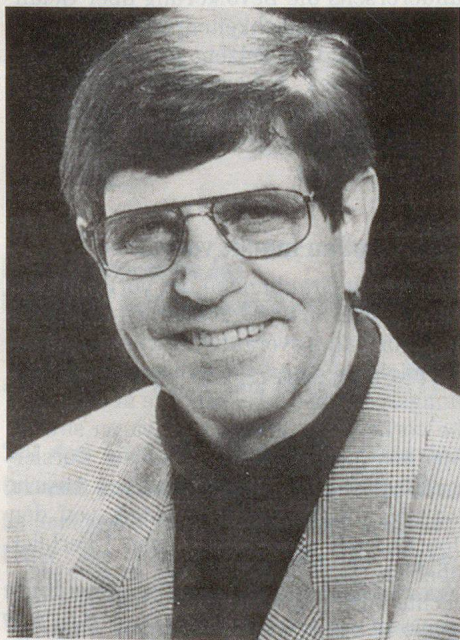
Kommentar

Man mag dem Kanton Bern unterstellen, er habe in den zurückliegenden Jahren beim Aufbau des Zivilschutzes zuviel des Guten getan. In Tat und Wahrheit hat er sich aber nur an die Vorgaben des Bundes gehalten und diese vielleicht etwas rascher umgesetzt, als dies andernorts der Fall war. Die Berner haben auch rasch reagiert, als das Leitbild 95 unter Dach war. Aufgrund der neuen Ausgangslage wurden die taktischen Dispositive der Zivilschutzorganisationen angepasst und im sanitätsdienstlichen Bereich den neuen Gegebenheiten Rechnung getragen. Dies alles mit erheblicher Sparwirkung. Heute jedoch sind die Möglichkeiten ausgereizt, und weitere Einsparungen lassen sich nur noch durch grundlegende Strukturveränderungen im Bereich der Organisation und Ausbildung realisieren. Mit dem Strategiebericht «Zivilschutz 2000» zeigt der Kanton Bern rasches Reaktionsvermögen.

Mit seinem neuen Konzept gibt der Kanton Bern aber auch ein Signal nach Bundesbern, das gesamtschweizerisch wahrgenommen werden sollte. «Zivilschutz 2000» bedeutet nämlich nicht mehr und nicht weniger, als dass die Zeit der linearen Kürzungen «von oben» der Vergangenheit angehört. Es bedeutet, dass man es jetzt den Kantonen überlassen muss, wie sie ihren Zivilschutz, angepasst an ihre Besonderheiten, umsetzen wollen. Sparen müssen nämlich alle Kantone, und das wird früher oder später auch auf die Bundeskasse durchschlagen.

Und noch etwas könnte die «Zivilschutzstrategie 2000» des Kantons Bern bewirken: Dass die Halbierungsinitiative als das erkannt wird, was sie ist, als ein reichlich unbedarftes politisches Spielchen, bar jedwelcher Visionen. Die Kantone brauchen diese Initiative nicht, denn sie sind selber in der Lage, sich eine Schlankheitskur dort zu verpassen, wo es notwendig und verantwortlich ist.

Eduard Reinmann



Alfred Jenni, Vorsteher des Amtes für Zivilschutz des Kantons Bern.



GRAUBÜNDEN

Koordinierter Sanitätsdienst in Graubünden

Optimale Betreuung im Katastrophenfall

pd. In Katastrophenfällen, in denen das heutige Gesundheitswesen nicht ausreicht, stehen auf Bündner Kantonsgebiet im Rahmen des koordinierten Sanitätsdienstes speziell konzipierte Anlagen zur Verfügung. Die letzte dieser Anlagen wird zurzeit in Thusis fertiggestellt.

Die Gefahr von Naturkatastrophen ist im Kanton Graubünden permanent vorhanden. Rufen, Lawinen und Überschwemmungen sind immer wieder zu verzeichnen. Erreichen die Naturkatastrophen ein bestimmtes Ausmass, wird die Zusammenarbeit der Institutionen, welche die betroffenen Patienten behandeln, im Koordinierten Sanitätsdienst (KSD) geregelt. Jann Wehrli, Fachdienstleiter Sanität im Amt für Zivilschutz und Katastrophenhilfe

Graubünden, erklärt dazu: «Die freie Arztwahl ist aufgehoben, das öffentliche Gesundheitswesen, der Sanitätsdienst von Zivilschutz und Armee sowie das Rote Kreuz und der Samariterbund übernehmen die nötigen Aufgaben.»

Zwölf geschützte Operationsstellen

Eckpfeiler im Hilffssystem bei Katastrophen sind neben den Sanitätsanlagen des Zivilschutzes die geschützten Operationsstellen (Gops) in zwölf Basisspitalern des Kantons. Die letzte dieser Anlagen wird zurzeit in Thusis fertiggestellt. Die einzelnen Gops weisen eine Maximalkapazität von zwei Operationstischen, 248 Liegeplätzen und einer Apotheke auf. Die normierte Grösse wird heute allerdings nur im Kantonsspital und im Fontana-Krankenhaus in Chur erreicht. Bei den übrigen Basisspitalern ist die Kapazität auf die Grösse der Regionen abgestimmt. Betrieben werden die Gops von den Basiskrankenhäusern.

Erste Betreuungen

Die eigentlichen Grundlagen des KSD bilden der Sanitätsposten (San Po) und die Sanitätshilfsstelle (San Hist). Der San Po umfasst neben der geschützten Arztpraxis eine ärztliche Notfallversorgung und einen Verbandsplatz (Triage). Dabei geht es unter anderem darum, die Transportfähigkeit bei Schwerverletzten zu erhalten und diese ambulant zu behandeln. Weiter sol-

len Alte, Gebrechliche und Kranke aufgenommen und betreut werden können. Die San Hist sieht als erweiterte Möglichkeit auch chirurgische Noteingriffe vor. Ansonsten entsprechen die Aufgaben denjenigen der San Po. Der Kanton Graubünden verfügt über 7 Sanitätshilfsstellen, 27 Sanitätsposten, 12 geschützte Operationsstellen und ein Militärkrankenhaus in Disentis. Die Gops werden durch zivile Spitäler geführt. **▲**

Bündner Zivilschutz verlässt das Reduit

Erster Kurs für Infoverantwortliche

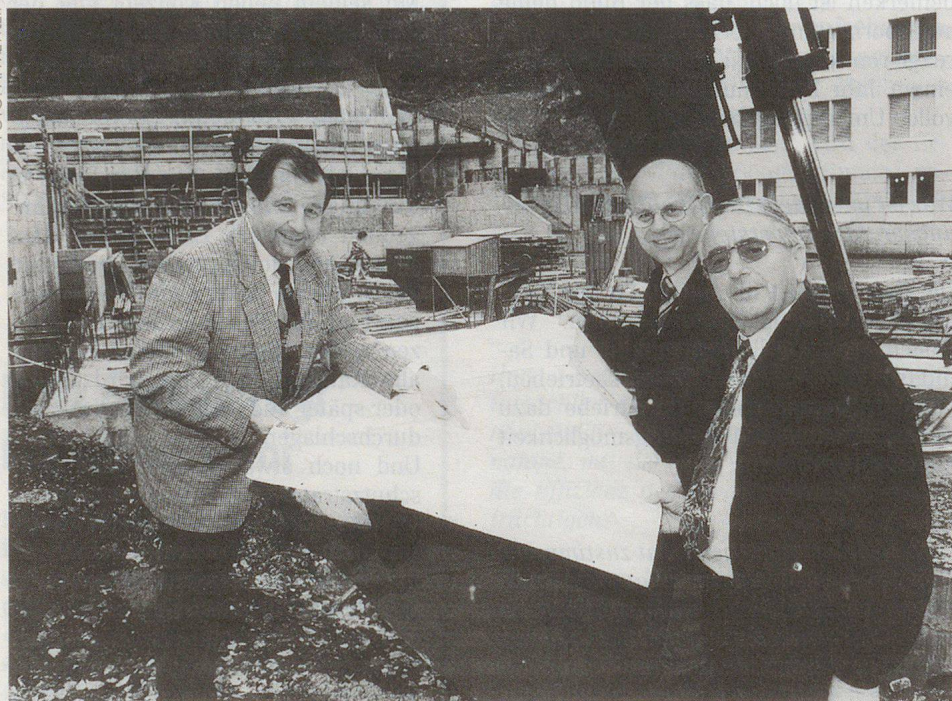
pd. Der Zivilschutz will sein Mauerblümchendasein abschütteln und verbessert seine Informationstätigkeit. Aus diesem Grund wurde die Funktion eines Informationsverantwortlichen geschaffen. In Thusis fand kürzlich der erste Ausbildungskurs in Graubünden statt.

Das Image des Zivilschutzes ist in weiten Teilen der Bevölkerung nicht gerade das beste. Daran hat sich trotz der «Zivilschutz 95» genannten Reformen nicht viel geändert, obwohl der Katastrophenschutz nun dem Einsatz des Zivilschutzes bei kriegerischen Ereignissen gleichgestellt ist. Um einerseits diesem Zustand abzuweichen und andererseits die Bevölkerung über Gefahren, Schutzmöglichkeiten und -massnahmen ins Bild zu setzen, wurde die neue Funktion des Informationsverantwortlichen geschaffen. Basis dazu bildet der im neuen Zivilschutzgesetz formulierte Informationsauftrag.

Graubünden macht vorwärts

Zügig setzt Graubünden die Vorgaben des Bundes um. So wurden kürzlich die ersten 25 Informationsverantwortlichen in einem dreitägigen Kurs im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Thusis auf ihre neue Aufgabe vorbereitet. Teilnehmer waren sowohl Medienprofis wie Laien, was laut Kursleiter Hans-Rudolf Häsler durchaus Absicht war. Namhafte Dozenten boten, von den Journalisten unterstützt, einen Überblick über die Anforderungen, die an pressegeeignete Bilder und Texte gestellt werden. «Kurz und knapp und so objektiv wie möglich müssen die Texte sein», stöhnt Reallehrer Pauli Dosch aus Tinizong, «das ist

FOTO: A. METTLER



Spitaldirektor Silvio Zuccolini, Jann Wehrli, Fachdienstleiter Sanität, Leo Nold, stellvertretender Abteilungsleiter Bauten und Organisation, orientieren sich über den Stand der Arbeiten an der Gops Thusis.

gar nicht so einfach, wie es in der Zeitung aussieht.» Der hochrangige Zivilschützer glaubt, dass er diese Vorgaben dank dem Kurs leichter erfüllen können. Doch auch die Profis, darunter einige «alte Hasen», haben nach eigenen Aussagen ihre Zeit nicht vergeudet. Dafür sorgten angeregte Diskussionen während und am Rande des eigentlichen Ausbildungsprogramms. Dabei konnten medienübergreifende Kontakte vertieft und dadurch den anwesenden Laien interessante Einblicke gewährt werden.

Von der Theorie zur Praxis

Stand der erste Ausbildungstag im Zeichen des Pressebildes, bildete das mediengerechte Aufbereiten von Informationstexten den Schwerpunkt des zweiten Kurstages. Andy Mettler, Pressefotograf und freier Journalist aus Davos, präsentierte die neuesten digitalen Bildübermittlungstechniken und wies auf die Wichtigkeit des Bildes als Blickfang für einen Zeitungsartikel hin. Zudem plädierte er dafür, wenn immer möglich nicht selbst zu knipsen, sondern einen Berufsfotografen beizuziehen. Hanspeter Hänni, Informationsbeauftragter der Standeskanzlei Graubünden, widmete sich in seinen Ausführungen ganz dem geschriebenen Wort. Er wies darauf hin, dass eine Botschaft möglichst aktiv ermittelt werden müsse, und formulierte entsprechende Grundsätze. In praktischen

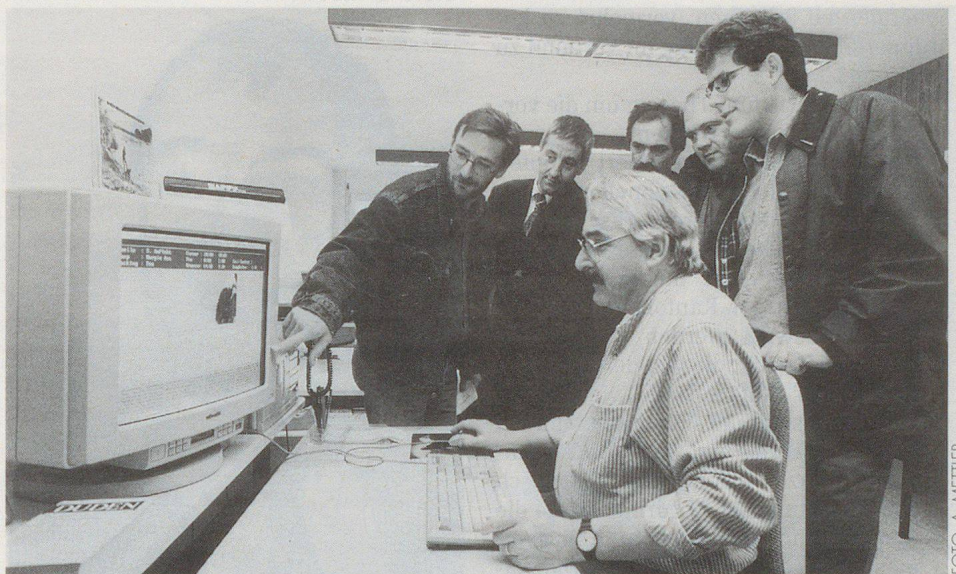


FOTO: A. METTLER

Anschauungsunterricht: frischgebackene Informationsverantwortliche beim Besuch der Redaktion der «Bündner Zeitung».

Übungen wurde das Gelernte angewendet. Besuche auf Zeitungs- und Radioredaktionen rundeten den Kurs ab. Sie boten Einblick in den journalistischen Alltag und vertieften die erworbenen Kenntnisse der medienspezifischen Mechanismen.

Informationsverantwortlicher in jeder ZSO

Die ausgebildeten Informationsverantwortlichen werden in ihrer ZSO für die Öff-

fentlichkeitsarbeit zuständig sein. Dort werden sie zum Beispiel Informationen des Bundesamtes für Zivilschutz mediengerecht aufbereiten und an die Lokal- und Regionalpresse weiterleiten. Zudem informieren sie die Bevölkerung über die Tätigkeiten der eigenen ZSO. Verantwortlich sind sie direkt dem Chef der örtlichen Zivilschutzorganisation. Bereits nächstes Jahr sollen alle ZSO in Graubünden über einen ausgebildeten Informationsverantwortlichen verfügen. ▴



LUZERN

Neue Strukturen für den kantonalen Katastrophenhilfestab (Katastab)

Aufbau auf Bewährtem

Seit dem 1. Juli 1995 sind die Aufgaben des Luzerner kantonalen Katastrophenhilfestabes im kantonalen Amt für Zivilschutz integriert. Leiter der Koordinationsstelle für Katastrophenhilfe ist Amtsvorsteher-Stellvertreter Willi Nick, Stabschef Amtsvorsteher Hermann Suter. «Unsere Einsatzdoktrin ist ereignisorientiert», betonte Suter am Gesamttrapport Ende November 1995.

EDUARD REINMANN

In seiner Einleitung zu «Einsichten und Aussichten nach 150 Tagen» erinnerte Suter an die in den letzten Jahren starke Zunahme natur- und zivilisationsbedingter Katastrophen. Das habe auf politischer Ebene zu einer Intensivierung der Anstrengungen in Richtung Katastrophenhilfe geführt und selbst die Armee habe hinsichtlich der Unterstützung in Katastrophenfällen «aufgerüstet».

Diese rege und teilweise geradezu hektische Tätigkeit an der Katastrophenfront berge aber auch Gefahren in sich, gab Suter zu bedenken. Sie sei nämlich – einmal mehr – typisch helvetisch und damit föderalistisch. Gewiss, jeder Kanton habe spezifische Verhältnisse, Möglichkeiten und Grenzen. Aber auch bei aller Respektierung dieser Unterschiede sei die Vielfalt extrem gross und verhindere oftmals Synergienmöglichkeiten. Man könnte sich deshalb eine bessere interkantonale Zusammenarbeit – streckenweise unter der ord-

nenden Hand des Bundes – durchaus vorstellen.

Die Kräfte bündeln

Zur Positionierung des Kantons Luzern in diesem breiten Spektrum betonte Suter, der Kanton verfüge mit der Kantonspolizei, den Feuerwehren, den koordinierten Sanitätsdiensten und weiteren Organisationen bereits über erste Staffeln, die sich schon vielfach bewährt hätten. Diese positive Feststellung dürfe jedoch nicht dazu führen, dass der Katastab sozusagen in die «Hamol-Stellung» gehe und denke, die ersten Staffeln würden im Ereignisfall ihre Sache schon gut machen. Vielmehr gehe es darum, den eigentlichen Stab in seiner ureigensten Rolle in ein gut aufdatiertes und jederzeit massgeschneidert zur Verfügung stehendes Instrument auszuformen, das rasch, unbürokratisch und kompetent helfen könne. Es gehe aber auch darum, die verschiedenen Kräfte nicht erst im Ereignisfall zu bündeln, sondern schon jetzt die

Synergien zu erkennen, vermehrt zu koordinieren und Ausbildung im Verbund zu betreiben.

Suter formulierte fünf Thesen, um die vorgegebenen Ziele zu erreichen.

- Erste Staffeln müssen innert Minuten bereit sein. In professionellen Teilen funktioniere dies bereits. Es gebe jedoch noch Teile, die optimiert werden könnten und auch müssten. Dessen müssten sich der Kanton und die Gemeinden bewusst werden.
- Die Subsidiarität, die von der Selbsthilfe auf jeder Stufe solange wie möglich ausgehe. Es handle sich hierbei um ein gutes, bewährtes und auch praxisorientiertes Prinzip, das auch psychologisch von Bedeutung sei. Vordringlich sei die Koordination der machbaren Zusammenarbeit, denn – so Suter: «Die Katastrophe fragt nicht nach Gemeindegrenzen.»
- Professionalisierung der Führungsorgane. Diese sei bereits auf hohem Stand, betonte Suter. Auch im Zivilschutzbereich sei ein hohes Niveau erreicht. Hingegen müsse und könne noch mehr im Bereich der politischen Führung getan werden.
- Funktionsträger in Friedenszeiten sind Funktionsträger im «Kampfeinsatz». Dieses Prinzip habe sich bewährt, setze jedoch voraus, dass der zuständige Mann immer im Bild sei und dass eine ebenso gut orientierte Stellvertretung bestehe. Suter: «Ein Mann ist kein Mann.»
- Die zuständige politische Behörde behält immer die Gesamtverantwortung.

FOTO: E. REINMANN



Willi Nick, Leiter der Koordinationsstelle für Katastrophenhilfe.

tung. Zu dieser These bemerkte Suter: «Die politische Behörde hat das Sagen, was zu tun ist. Es gibt kein Herausschleichen aus der Verantwortung.»

Beraten, unterstützen, führen

Für den kantonalen Katastrophenhilfestab gibt es eine klare Einsatzdoktrin, die nach dem Dreischritt «beraten, unterstützen, führen» abzulaufen hat. Das heisst konkret:

- Eine Kerngruppe des Stabes mit Angehörigen der Kantonspolizei, der

Feuerwehr, des koordinierten Sanitätsdienstes, des Zivilschutzes und der Ter Rgt 20 tritt ereignisbezogen bei der Einsatzleitung der Kantonspolizei zusammen und erlässt von dort aus weitere Massnahmen. In der Startphase hat der Katastab bzw. seine Kerngruppe Beratungsfunktion.

- Denkbar ist es, dass – wiederum ereignisorientiert – Bedürfnisse und Anfragen über die Einsatzleitung vor Ort an ausgewählte kantonale (Fach-)stellen gelangen. In diesem Fall muss der Katastab unterstützend tätig werden. Das Gros der Stabsmitglieder wird im Regelfall vom Arbeitsplatz aus operieren und die gestellten «Wünsche» zu erfüllen suchen.
- Im Falle einer Eskalation der Ereignisse sind erweiterte Rapporte, allenfalls Gesamtrapporte, denkbar und zweckmässig. Sie werden von der Kerngruppe «ad hoc» organisiert.
- Der Sonderfall wird dann eintreten, wenn der Ereignisumfang Dimensionen angenommen hat, bei denen alle Möglichkeiten nach dem Subsidiaritätsprinzip ausgeschöpft sind. In diesem Fall muss der Katastab selber die Führung übernehmen.

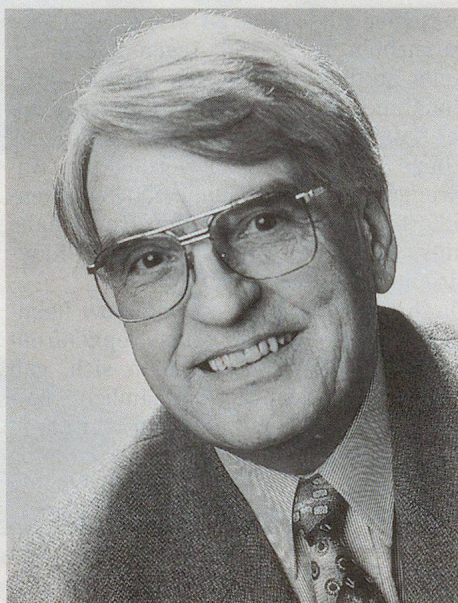
Wie Willi Nick erläuterte, unterstützt der Katastab direkt dem Vorsteher des kantonalen Militär-, Polizei- und Umweltschutzdepartementes, Regierungsrat Ulrich Fässler. Ansprechstation ist das kantonale Ausbildungszentrum im Sempach, wo Nick vorwiegend tätig ist. Katastableiter-Stellvertreter ist Franz Schnider, hauptamtlicher Zivilschutzinstructor. ▀

Tony Meyer
trat als regionaler Ausbildungschef zurück

Ein Pionier mit unermüdlichem Kampfgeist

kaz. Während über 25 Jahren leitete Tony Meyer das regionale Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schötz. Im November trat er aus Altersgründen zurück und übergab sein Amt an Robert Arnold aus Nottwil.

1956 begann Tony Meyer eine schwungvolle Karriere als Instruktionsoffizier. Major Meyer qualifizierte sich durch seine Arbeitsweise, seine Dienstauffassung und seinen unermüdlichen Einsatz. Sein konsequentes Umsetzen und Streben nach



Mit militärischem Schwung setzte sich Tony Meyer für die Sache des Zivilschutzes ein.

Leistung und Qualität ermöglichte ihm 1970 den Aufstieg zum Zivilschutz-Ausbildungschef der Region West. Mit seinem methodischen Geschick, der Fähigkeit, Mitarbeiter zu begeistern und zu führen, sowie dem unermüdlichen Kampfgeist realisierte Tony Meyer in einjähriger Bauzeit ein modernes und zweckmässiges Ausbildungszentrum. Von aussen betrachtet, erfreut man sich an der schönen Gestaltung. Ein Rundgang durch die Räume zeigt ein von Tony Meyer durchdachtes und funktionell richtiges Konzept.

Besonders stolz darf die Region West auf das der Bedrohung angepasste Übungsgelände sein, das dank Meyers guten Beziehungen mit vielen Besonderheiten ausgestattet ist. So zum Beispiel mit zwei optimal platzierten Venoms. Obwohl es viele Leute als «Gag» empfanden, gelang es Tony Meyer, mittels dieser Objekte realistische Katastrophenübungen durchzuführen. Nicht nur elf Zivilschutzzeitun-

gen schmückte er mit seinen Ideen, auch in der Tagespresse war er stets präsent und orientierte die Öffentlichkeit über das Wirken der Sicherheitspolitik. Zusammen mit seiner lieben Gattin Dorli pflegte Tony Meyer gute Kontakte zu verschiedenen Bundesräten und anderen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Hohe Anerkennung zollte ihm der Luzerner Regierungsrat Ulrich Fässler. Er rühmte seinen Elan, seine Tatkraft und seine Weitsicht. Tony Meyer habe, so der Militärdirektor, es mit seinen menschlichen und fachlichen Führungsqualitäten herausragend verstanden, ermunternd, anspornend und begeisternd zu wirken; vor allem Kaderleute und alle Zivilschutzangehörigen zu motivieren und zum aktiven Mitmachen zu animieren. Zu seinem Abschied erhielt Tony Meyer zahlreiche Dankesschreiben, so von alt BZS-Direktor Hans Mumenthaler, alt Bundesrat Kurt Furgler und alt Bundesrätin Elisabeth Kopp. Die Ära Tony Meyer ist zu Ende. Sein Einsatz im Dienste des schweizerischen Zivilschutzes bleibt jedoch unvergessen. ■

FOTO: E. REINMANN



Das architektonisch schöne und funktionell durchdachte Ausbildungszentrum der Region West trägt Tony Meyers «Handschrift».



ST.GALLEN

Arbeitstagung der Zivilschutzstellenleiter

Kata-Bewältigung in den Gemeinden

Die Erfahrungsgruppe der Leiter von Zivilschutzstellen des Kantons St.Gallen führte in Jona ihre 28. Arbeitstagung durch. Hans-Ulrich Bürgi, Präsident des Zivilschutzverbandes St.Gallen-Appenzell, referierte dabei über «Katastrophenbewältigung in der Gemeinde».

RALPH A. OTTINGER

Obmann Armin Räbsamen konnte rund 80 Teilnehmer begrüßen. Bruno Hufenus, Vorsteher des Kantonalen Amtes für Zivilschutz, orientierte über den Stand der Reorganisation. Die Zusammenarbeit zwi-

schen Gemeinde, Zivilschutz, Feuerwehr und Armee sei gut angelaufen, und mögliche gemeinsame Einsätze würden in Übungen vorbereitet und trainiert.

Beispiel einer Katastrophe

Hans-Ulrich Bürgi, Präsident des Zivilschutzverbandes St.Gallen-Appenzell, war vor seiner Wahl zum Gemeindeammann von Oberbüren in Stein AG in der Katastrophenhilfe tätig. Am Beispiel des Zugunglücks vom 4. Januar 1991 im Bahnhof Stein-Säckingen, bei welchem drei von 14 Zisternenwagen mit Benzin in Brand gerieten, schilderte er den Ablauf der Katastrophe und die drei Phasen des koordinierten Einsatzes von Kantonspolizei, Gemeindeführungsstab, 27 Feuerwehren, Zivilschutz und Samaritern. Rund 1000 Personen seien dabei engagiert gewesen.

Besonnenes Verhalten

Im aargauischen Stein habe die Zusammenarbeit dank der gründlichen Ausbildung und Vorbereitung aller Beteiligten ausgezeichnet geklappt, stellte der Referent fest. Dennoch habe man auch negative Erfahrungen gesammelt, die bei der Bekämpfung einer weiteren Katastrophe bedacht werden müssten. So sei beispiels-

weise die Alarmierung unbedingt sicherzustellen. Die Organisation müsse rechtzeitig eine umfangreiche Checkliste erstellt haben, an die man sich in der allgemeinen Aufregung oder Panik halten könne. Hans-Ulrich Bürgi unterstrich die Bedeutung einer guten Organisation. In Stein habe sie zwar ihre Ernstfalltauglichkeit beweisen können, aber dazu seien genaue Vorbereitungen und wirklichkeitsnahe Übungen unerlässlich. Besonders die Gemeindeführungsstäbe seien ein wichtiges Element bei der Katastrophenbewältigung. ■

NEUKOM

Mobiliar für Zivilschutzanlagen und Militärunterkünfte

Beratung – Planung – Ausführung

H. Neukom AG
8340 Hinwil-Hadlikon
Telefon 01/938 01 04